

Drei Begegnungen und eine Trennung

Ist der Südsudan schon vor seiner Staatswerdung gescheitert?

Andrea Böhm | **Noch ist der genaue Grenzverlauf zum Norden nicht ausgehandelt, auf der Straße gilt weiterhin das Recht des Stärkeren und die verschiedenen Ethnien des Südens eint wenig mehr als die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und eine Nationalfahne. Ist der Südsudan reif für die Unabhängigkeit? Und was wird aus dem „alten“ geschrumpften Sudan?**

Nun ist es amtlich: 99 Prozent der Südsudanesen haben sich beim Referendum im Januar 2011 für die Unabhängigkeit entschieden. Abstimmungen, aus denen der Gewinner mit 99 Prozent der Stimmen hervorgeht, sollte man eigentlich nicht trauen. Auch in diesem Fall wurde wohl hier und da ein wenig manipuliert, aber die Mühe war unnötig. Auch ohne Tricks war die überwältigende Mehrheit für die Sezession sicher.

Und jetzt? Jetzt hat die internationale Staatengemeinschaft einen neuen Versorgungsfall am Tropf und einen weiteren Namen auf ihrer langen Liste der „Konfliktherde“. Experten warnen vor einem Pre-failed State, einem vorab gescheiterten Staat, die Hilfsorganisationen vor neuen humanitären Krisen, George Clooney, Hollywoods Vorhut im Kampf für eine bessere Welt, fürchtet gar einen neuen Krieg des Nordens gegen den Süden. Über einen Mangel an pessimistischer Begleitmusik kann sich dieser neue Staat nicht beklagen.

„Erfolgschancen?“ „Fifty-fifty!“

Südsudan, kurz vor dem Referendum. Reisen über Land und per Flugzeug von Juba nach Yambio, Yei, Bor und in diverse Dörfer. Meine Vergleichsgröße ist der benachbarte Kongo, das afrikanische Land, in dem ich bislang am meisten Zeit verbracht habe. Im Vergleich zum Kongo, finde ich, sieht der Südsudan ziemlich aufgeräumt aus.

Die Straße von Juba, der Hauptstadt des Südsudan, nach Bor im Einzelstaat Jonglei: eine breite, gut geplanierte Schotterpiste, zumindest in der Trockenzeit ein Fahrgegnuss im Vergleich zu den Schlaglochrinnen im Nachbarland. In den angrenzenden Dörfern sieht man neue Schulgebäude.

Das Zentralgefängnis in Yambio, Einzelstaat West Equatoria: ein solider frisch getünchter Bau, halbwegs saubere Zellen, Häftlinge in Uniformen bei der Essensausgabe, keine ausgemergelten oder apathischen Gestal-

ten wie in den Zellen von Kinshasa oder Bukavu, die einem ihre offenen Wunden zeigen oder Tuberkel-Bazillen entgegenhusten.

Der Flusshafen in Bor: Die Entladung größerer Lastkähne verläuft unter lautstarkem Gebrüll, aber nicht im Stil einer Massenpanik. Die Schiffe auf dem Weißen Nil sind reparaturbedürftig, aber sie sehen nicht aus wie die „African Queen“. Oder wie Fähren auf dem Kongo-Fluss.

Als ich diese Eindrücke einige Abende später einem leitenden UN-Mitarbeiter in einer Kneipe in Juba mitteile, sieht er mich erst an wie

eine Fieberkranke, dann scheint er mich am liebsten umarmen zu wollen. Journalisten, die den

Journalisten, die den Südsudan nicht am Rande des Abgrunds sehen, sind offenbar selten

Südsudan nicht am Rande des Abgrunds sehen, sind offenbar selten.

Wie sieht er die Chancen, dass dieser Staat nicht gleich nach der Geburt für gescheitert erklärt werden muss? „Fifty- fifty“, sagt er.

Fahne, Hymne, Hoffnung

Natürlich stimmen viele der Krisenszenarien. Ein Staat, so verlangt es die herrschende Lehre, braucht ein einheitliches Staatsgebiet, ein Staatsvolk und ein Gewaltmonopol. Dazu, wenn irgend möglich, eine Verfassung auf Grundlage universaler menschenrechtlicher Prinzipien sowie ein Selbstverständnis als Rechtsstaat und Garant eines minimalen Gemeinwohls. Der neue Südsudan wird auf dem Papier einige dieser Kriterien erfüllen – und in der Realität keine einzige.

Das Staatsgebiet? Unklar, denn der genaue Grenzverlauf zum Norden ist

noch nicht endgültig ausgehandelt. Umstritten ist vor allem die Region Abyei, deren Bewohner eigentlich in einem eigenen Referendum darüber abstimmen sollen, ob sie zum Süden oder zum Norden gehören wollen. In Abyei befinden sich Ölvorkommen. Außerdem stehen sich hier Angehörige der Dinka, der größten Volksgruppe, und der Misseriya gegenüber – erstere bilden die Machtbasis der sudanesischen Volksbefreiungsbewegung SPLM, letztere stellten während des Krieges immer wieder Reitermilitzen für den Norden. Umstritten ist der Grenzverlauf auch weiter westlich, wo sich Khartum und Juba um Territorien mit möglichen Kupfer- und Uranvorkommen streiten.

Gewaltmonopol? Die Kalaschnikow ist im Südsudan allgegenwärtiges Relikt des Krieges, Folge der Waffenschwemme aus den Arsenalen der Warschauer-Pakt-Staaten, Ausdruck von Maskulinität, notwendiges Instrument zur Verteidigung des eigenen Viehbesitzes, um den sich hier ökonomisch und kulturell vieles – manche sagen: alles – dreht. Immer wieder aufflackernde Konflikte um Weideland oder Wasser verlaufen heute sehr viel blutiger, weil die Gegner mit AK-47 ausgestattet sind, nicht mit Flinten oder Pfeil und Bogen.

Und das Staatsvolk? In den westlichen Medien ist meist vom „muslimisch-arabischen Norden“ und „christlich-afrikanischen Süden“ die Rede. Nun, letzterer besteht aus Dutenden ethnischer Gruppen, die vor allem eines eint: eine Geschichte des Leidens. Kaum eine Bevölkerung in Afrika hat so viel Gewalt und Elend durchgemacht wie die südsudanesischen – und das will auf diesem Konti-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Sven Torfinn / Laif

nennt etwas heißen. Zwei Bürgerkriege, die insgesamt drei Jahrzehnte anhielten und sich auf südlichem Territorium abspielten. Bombardements durch die sudanesishe Luftwaffe, Hungersnöte, Belagerungen, Flüchtlingsströme, Reitermilizen, die im Auftrag Khartums plünderten, brandschatzten und Menschen versklavten. All die Gräueltaten, die man heute mit Darfur verbindet, haben die Südsudanesisen während des Bürgerkriegs ungleich länger und schlimmer erlitten.

Was haben sie noch gemein? Große, zu große Hoffnungen in den neuen Staat. Außerdem eine Nationalfahne und demnächst eine Hymne.

Musik als gemeinsame Sprache?

Gespräch mit Addison Arkangelo, Musikdozent an der Universität von Juba und Komponist der neuen südsudanesischen Nationalhymne. Der Campus besteht aus mehreren baufälligen Ziegelbaracken. Arkangelo hat

den Schlüssel vergessen, weswegen das Gespräch im Freien stattfindet. Um uns herum stöbern einige Ziegen in den Sträuchern nach Essbarem.

Er ist 28, hat in Khartum Musik studiert (Südsudanesisen mit höherem Bildungsgrad haben oft ein Universitätsstudium in Khartum, der „Hauptstadt des Feindes“, hinter sich). Jetzt lehrt er in Juba in einem Fachbereich, dessen Inventar aus einer Gitarre und einem versandeten Klavier besteht.

„Was unterrichten Sie?“

„Alles mögliche. Viel Bach. Das ist der europäische Einfluss.“

„Ihre Studenten spielen Bach?“

„Bach ist wichtig für Form und Klarheit. Mit Chopin können die Leute hier nichts anfangen.“

„Was gehört noch zum Lehrplan?“

„Klassische Musik aus dem Norden, Instrumentenlehre, Rababa (Streichinstrument) und Oud (Kurzhalblaute). Das ist der arabische Einfluss.“

„Gibt es keine eigene südsudanesishe Musik?“

Große, zu große Erwartungen: Die Chancen, dass der Südsudan gleich nach seiner Geburt für gescheitert erklärt werden muss, stehen fifty-fifty

„Es gibt die Lieder der Dinka, das ist Fünf-Ton-Musik, die ist stark äthiopisch geprägt. Da, wo ich herkomme, aus West Bahr El Ghazal, benutzen die Leute Sieben-Ton-Musik. Die Jüngeren in Juba mögen Reggae und Reggaeton. Ein paar Rap-Per gibt es auch.“

Aber keine gemeinsame Sprache, auch keine musikalische. Arkangelo will sie schaffen, er tourt mit anderen Musikern durch Städte und Dörfer, improvisiert Konzerte zusammen mit lokalen Musikern.

Vor einigen Monaten hat er zusammen mit zwei Kollegen den Wettbewerb für die Nationalhymne gewonnen. Ihre Komposition soll nun bei Staatsempfängen und anderen of-

fiziellen Anlässen gespielt werden. Der Text war bereits von Seiten der SPLM vorgegeben. Auf

meine Bitte singt er einige Strophen vor. Er hat eine gut ausgebildete Stimme, die Melodie klingt aus seinem Mund wie ein sanftes Kirchenlied: „Oh Herr, wir loben und preisen Dich für Deinen Segen für Kusch, Land der großen Krieger ... Oh Kusch, Wiege aller Zivilisationen.“

Kusch war einst ein Königreich der Nubier. In der Bibel sind Kuschten die schwarzen Bewohner Afrikas, die Nachkommen eines Enkels von Noah. „Lasst uns die Millionen Märtyrer ehren“, singt Arkangelo, „deren Blut unser nationales Fundament erschuf.“ Er findet den Text zu religiös und martialisch. „Aber ich bin nur Musiker“, sagt er, „und die zählen hier nicht so viel wie die Soldaten.“ Ihn kränkt die offene Geringschät-

zung für Männer, die nicht gekämpft haben.

Kämpfer für ein unterdrücktes Volk

Kann aus einer Rebellenbewegung eine brauchbare Regierung werden? Das ist eine der, vielleicht die Schicksalsfrage des neuen Staates. Die SPLM und ihr militärischer Arm, die SPLA, haben im Westen lange vom Nimbus der Kämpfer für ein unterdrücktes Volk profitiert – ähnlich wie die UÇK im Kosovo. Deren politisches Nachfolgepersonal hat ihren Ruf inzwischen komplett ruiniert, was nicht nur mit neuen Erkenntnissen über UÇK-Führer, sondern auch mit alten Blindheiten seitens der internationalen Öffentlichkeit zu tun hat. Die Grenzen zwischen Befreiungsheld, Kriegsverbrecher und Staatsmann sind oft verschwommen. Das gilt auch für die SPLM. Über die Jahrzehnte des Bürgerkriegs ist eine Kriegerkaste herangewachsen, die nicht nur gegen den Feind, sondern in Bruderkämpfen auch gegen die eigene Zivilbevölkerung Gräueltaten begangen hat.

Viele dieser Ex- oder Noch-Kombattanten, selbst hochgradig traumatisiert, sehen den neuen Staat als ihre Errungenschaft, für die sie meinen, die größten Opfer gebracht zu haben. Folglich erwarten sie, als erste von den Früchten der Unabhängigkeit zu profitieren. Ihnen ist nur schwer zu vermitteln, dass diese vorerst minimal ausfallen in einem Land mit einer Analfabetenquote von 85 Prozent und einem faktisch nichtexistenten Arbeitsmarkt. Die Finanzierung der nunmehr offiziellen Armee mit ihren vermutlich 140 000 Soldaten hat in den vergangenen fünf Jahren, in

Viele der Ex- oder Noch-Kombattanten halten den neuen Staat für ihre ureigene Errungenschaft

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Redux / Laif

denen der Südsudan bereits weitgehend autonom war, einen erheblichen Teil des jährlichen Budgets verschlungen. Man kann das als Klientelpolitik bezeichnen – oder als Befriedungsmaßnahme für jene Institution im Staat, deren Unzufriedenheit schnell in einen bewaffneten Aufruhr münden kann.

Jedenfalls ist so kaum Geld für das Gesundheitswesen, für Schulbildung oder Brunnenbau übrig. Dafür bleiben bis auf weiteres die internationalen Geldgeber zuständig.

Hilfe kann man bekanntlich konditionieren, man kann sie an die Bedingungen besserer Regierungsführung und Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte knüpfen. Die internationale Gemeinschaft, seit Jahren mit einem riesigen Labyrinth von Organisationen, nationalen Gebern, Sondergesandten und multinationalen Koordinationsgremien vertreten, hat auf diesem Gebiet bislang keine glorreiche Figur abgegeben. Und die

SPLM hat hinreichend klar gemacht, dass sie wenig von politischer Opposition, Meinungsfreiheit oder allzu mündigen Bürgern hält.

Nebeneinander oder miteinander?

Redaktion der *Juba Post*. Ein kleines Haus in Juba, vor dem Eingang stolpert man über Teerpappe, von den Decken hängen Stromkabel, draußen summt ein Generator, drinnen knirscht es beim Gang über die engen Flure. In der Trockenzeit dringt der Sand durch jede Ritze. Yobu Annet ist leitende Redakteurin der Zeitung. Annet nimmt bei kaum einem Thema ein Blatt vor den Mund, aber ihr genaues Alter will sie nicht veröffentlicht sehen. Sie ist „schon lange keine zwanzig mehr“, unverheiratet, kinderlos, hat eine gute Schulbildung, konzentriert sich ganz auf ihren Beruf – Eigenschaften, die eine Frau im Südsudan schnell ins Gerede bringen können. Auf den Dörfern werden Mädchen verheiratet, sobald sie ge-

Relikte des Krieges: Kalaschnikows aus den Arsenalen der Warschauer-Pakt-Staaten sind Ausdruck der Maskulinität und notwendiges Instrument zur Verteidigung des Viehbestands

schlechtsreif sind, nicht einmal ein Drittel besucht die Grundschule, ihr Wert besteht vor allem in der Anzahl der Rinder, die von der Familie des Mannes als Mitgift aufgebracht werden müssen. Annet gehört zu der Minderheit von Frauen, die während der Kriegsjahre nach Uganda oder Kenia geflohen waren und dort weiterführende Schulen besuchen konnten. Weder Uganda noch Kenia sind

Ledig, gebildet, kinderlos, berufsfixiert – Eigenschaften, die eine Frau im Südsudan ins Gerede bringen können

Musterdemokratien, doch die Rückkehrer, vor allem die Rückkehrerinnen, haben deutlich progressivere Vorstellungen über die

Rolle der Frau und deutlich höhere Ansprüche an den Staat und das Gemeinwesen mit nach Hause gebracht.

Annet hat Artikel über Lebensmittelknappheit recherchiert, hat in ihrer Zeitung das Wahlrecht von Häftlingen eingeklagt, die *Juba Post* hat über Polizeigewalt berichtet.

Bei einer so hohen Analphabetenrate muss die SPLM die heimische Presse nicht fürchten, die ohnehin noch in den Kinderschuhen steckt. Trotzdem kommen immer wieder Reporter in Haft, folgen auf Berichte über Korruption und andere Missstände Drohungen gegen die Autoren. Mental befinden sich viele SPLM-Funktionäre weiter im Kriegszustand. Dissens wird mit Verrat gleichgesetzt.

Annet ist eine der wenigen, die sogar offen die Sezession in Frage stellen. Sie lässt sich nicht einschüchtern, und im Gespräch wird schnell klar, warum: Das Land sei für die Unabhängigkeit nicht reif, sagt sie, weder politisch noch ökonomisch

„noch spirituell.“ Zu viel Alkohol, zu viel animistische Schreine, zu viel Glaube an Geister statt an Jesus. Annet hat in Uganda „den Weg zu Jesus gefunden“, sie ist Anhängerin einer fundamentalistischen Pfingstgemeinde. Die sind im Südsudan bislang eine Minderheit, hier dominieren Katholiken und Anglikaner.

Christen aller Couleur

Aber vor allem die Rückkehrer aus Uganda bringen die evangelikale Verve afrikanischer und amerikanischer Fernsehprediger mit, was im Fall von Annet dazu führt, dass sie ihren Journalistenberuf als Mission sieht und sich vor weltlichen Institutionen wie der SPLM kaum fürchtet. „Was immer passiert, es liegt in Gottes Hand.“ Und Gottes Wille sei es nun einmal, dass die Presse frei berichten müsse.

Bei allem Engagement für Grundrechte – religiöse Toleranz gehört für Evangelikale wie Annet nicht dazu. Die religiöse Durchmischung des Südens mit Christen aller Couleur, Animisten und einer muslimischen Minderheit in jeder größeren Stadt ist ihr ein Dorn im Auge. Das „Allahu Akbar“, mit dem die Muezzine in Juba täglich zum Gebet rufen, stört sie gewaltig.

Muslime im Süden, Christen im Norden. Genaue Zahlen sind schwer zu erhalten, erstere bilden die kleinere Gruppe, sie leben zum Teil seit mehreren Generationen hier. Letztere werden auf mehrere Hunderttausend geschätzt. Die meisten sind während des Krieges im Süden in die nordsudanesischen Städte geflohen, vor allem nach Khartum und Omdurman. Viele sind wegen der bevorstehenden

Unabhängigkeit zurückgekehrt. Viele sind vorerst im Norden geblieben, denn dort gibt es immerhin die Chance auf Arbeit.

Bashir schweigt – und profitiert

Der Norden. In der Berichterstattung über das Referendum und den südsudanesischen Staat in spe fragt kaum jemand, wie es mit dem „alten“ nunmehr geschrumpften Sudan weitergeht. Und mit Staatspräsident Omar al Bashir, auf den weiterhin ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs wegen Völkermord und anderer Verbrechen in Darfur ausgestellt ist.

Die Alarmschreie vor allem amerikanischer Menschenrechtsgruppen, das Regime in Khartum würde auf die Sezession mit einer „neuen Invasion“ reagieren, haben sich als unbegründet erwiesen. Und sie haben vom eigentlichen Problem abgelenkt: Al Bashir lässt sich die Zustimmung zum Ergebnis des Referendums teuer bezahlen. Die Obama-Regierung hat Khartum offenbar eine Aufhebung von Sanktionen in Aussicht gestellt.

Über den Haftbefehl spricht derzeit niemand mehr. Die internationale Staatengemeinschaft schweigt zur massiven Repression, mit der das Regime in Khartum jeden Ansatz zu einer „Jasmin-Revolution“ à la Tunesien oder Ägypten im Keim erstickt. Sie schweigt auch zu Darfur, wo der Krieg wieder eskaliert ist und sich die Situation in den Flüchtlingscamps dramatisch verschlechtert hat. Khar-

tum hält an seiner alten Politik aus totaler Vernachlässigung und massiver Repression gegenüber den Peripherien fest, obwohl genau diese Politik zum Verlust des Südens geführt hat. Gut möglich, dass dies nicht die letzte Sezession war, dass der Sudan in den nächsten zehn, zwanzig Jahren weiter zerfallen wird. Gut möglich auch, dass der alte Sudan in zwanzig oder dreißig Jahren nach einer politischen Reform des Nordens wieder zu einer Konföderation zusammenwächst. Solche Visionen hört man dieser Tage ausgerechnet in Juba, wo man sich jetzt auf die große Unabhängigkeitsfeier am 9. Juli vorbereitet. Aber wahrscheinlich ist es irrwitzig, in diesen Zeiten Szenarien aufzustellen, die über die nächsten Monate hinausgehen.

Also lässt sich mit aller gebotenen Vorsicht nur so viel sagen: Es wird in Afrika demnächst einen neuen, höchst fragilen Staat geben. Und ein alter Diktator hat sich dafür eine Verlängerung seiner Amtszeit ausgehandelt.

Omar al Bashir lässt sich die Sezession teuer bezahlen: Er hat sich eine Verlängerung seiner Amtszeit ausgehandelt



ANDREA BÖHM schreibt für das Politikressort der ZEIT. Als Korrespondentin bereist sie Afrika seit vielen Jahren.